

HERMANNUS PFEIFFER ÜBER DIE EUROKRISE

## Lieber weiterwurschteln

Dem schwarzen Montag könnte ein schwarzer Freitag folgen. EU-Präsident Van Rompuy lädt zum nächsten Eurokrisengipfel. Die Politik wirkt ratloser denn je. Soll sie sich weiter durchwurschteln? Oder doch lieber ein Ende mit Schrecken wagen und Griechenland pleitegehen lassen?

Die Stimmung ist derzeit auf ein vermeintlich einfaches „Schluss mit Hilfe“ eingeschwenkt. Doch weder die von Commerzbank-Boss Blessing vorgeschlagene Umschuldung noch ein Haircut ist eine einfache Lösung. Sie nützen vor allem jenen, die den Schlamm mit angerichtet haben. Politiker wären fein raus, weil sie damit „Volkes Stimme“ erhörten und sie das Problem Griechenland scheinbar los wären. Den Banken würde die Umschuldung nutzen, weil sie mehr für ihre Schrottpapiere bekämen, als der Markt sonst hergäbe. Staaten oder EZB sollen 70 bis 80 Prozent des bisherigen Nennwertes dafür zahlen – weit

mehr als der aktuelle Preis von nahe null.

Wenn die EU Blessing und Freunden die Schleusen öffnet, werden Portugal und Irland mitgerissen, Italien und Spanien könnten folgen. Wenn diese Staaten ihren Schuldendienst einstellen, werden sie auf Jahre kein Geld mehr auf den Finanzmärkten erhalten. Sie leben dann von der Hand in den Mund. Die Konsequenz wäre ein weit drastischerer Sozialabbau, als sich das die Demonstranten in Athen heute vorstellen mögen.

Besser für die Menschen in Griechenland, besser aber auch für Deutschlands Exportwirtschaft und letztlich auch Europas Steuerzahler ist es, sich weiter durchzuwurschteln – statt Schuldenschnitt sanfte Umschuldung, dazu endlich Eurobonds mit niedrigen Zinssätzen für alle. Damit ständen die Staatsfinanzen sicher.

Schwerpunkt SEITE 3

RALF SOTSCHHECK ÜBER DIE BLAMAGE DER POLIZEI IN MURDOCHLAND

## Cameron muss durchgreifen

Der Kotau britischer Politiker vor der Boulevardpresse ist seit Langem bekannt. Dass aber auch die Polizei im Dienste dieser Blätter steht, gibt dem Abhörskandal um die *News of the World* eine neue Dimension. Es geht dabei nicht nur um kleine Beamte, die für die Reporter von Murdoch Gossensblättern Handys von Prominenten geortet und ihnen geheime Telefonnummern der Royals verraten haben. Die Top-Polizisten des Landes haben Beweise unterdrückt, die ihnen seit 2005 vorlagen, und sie haben Untersuchungen verhindert.

Ihre Begründung, dass man die Untersuchung 2009 nicht wieder eröffnet habe, weil sich Rupert Murdochs Konzern *News International* nicht kooperationsbereit zeigte, ist eine Bankrotterklärung. Es ist nun mal so, dass diejenigen, die eines Verbrechens beschuldigt werden, nicht scharf darauf sind, der Polizei zu helfen.

Stellte man die Untersuchungen in all solchen Fällen ein, könnte man die Polizei glatt abschaffen. Umgekehrt

war die Polizei sehr wohl bereit, mit *News International* zu kooperieren – gegen Bares. Andy Hayman zum Beispiel war als dritthöchster Beamter bei Scotland Yard für die Untersuchungen zuständig. Gleichzeitig ließ er sich von jenen, gegen die er ermittelt sollte, zum Dinner einladen. Es lohnte sich: Hayman ließ sich mit 50 Pensionären und nahm einen Job als Kolonist bei Murdochs *Times* an.

Der Fall der *News of the World* hat der britischen Öffentlichkeit vor Augen geführt, dass ihre Demokratie im Grunde eine Farce ist: Politiker, die aus Machtgier vor den widerlichsten Boulevardblättern kuscheln, und eine Polizei, die aus Geldgier die Verbrechen dieser Blätter vertuscht. Die Untersuchungen, die Premier Cameron anbraut hat, haben nur Sinn, wenn sie alle Aspekte miteinbeziehen und auch zu Konsequenzen führen. Die meisten bisherigen Untersuchungen, vor allem im Zusammenhang mit dem Irakkrieg, geben keinen Anlass zum Optimismus. Sie gingen aus wie das Hornberger Schießen.

**Der Fall der „News of the World“ hat den Briten vor Augen geführt, dass ihre Demokratie eine Farce ist**

BERNWARD JANZING ÜBER DIE FANTASIELOSIGKEIT DER ENERGIEBEHÖRDEN

## Strom sparen statt erzeugen

Die Idee ist erschreckend fantasieelos. Ein Atomkraftwerk soll als „Kaltreserve“ bereitgehalten werden, um bei Strommangel einzuspringen. Ausgerechnet ein Atomkraftwerk. Ausgerechnet der träge Dinosaurier, der so unflexibel ist. Nun mag es ja sogar zutreffen, dass fossil befeuerte Kraftwerke an passenden Standorten nicht vorhanden sind. Aber eine moderne Energiewirtschaft sollte heute andere Konzepte kennen als nur den sturen Blick auf die verfügbaren Kraftwerksleistungen.

Denn billiger als eine Kraftwerksreserve ist manchmal das „Negawatt-Prinzip“. Der amerikanische Physiker und Effizienzpapst Amory Lovins hat es vor Jahrzehnten schon beschrieben: Eine Volkswirtschaft, die eine Stromlücke durch Sparen schließt, kommt häufig billiger weg, als wenn sie zusätzlichen Strom erzeugt. Konkret: Statt einen Atommeiler in Reserve zu halten, kann man auch Großverbraucher unter Vertrag nehmen, die

bereit sind, bei Strommangel kurzzeitig ihre Anlagen abzuschalten.

Aluminiumhütten zum Beispiel können bis zu vier Stunden ohne Strom auskommen. Kühlhäuser oft noch viel länger. Ein Großverbraucher, der auf Anforderung der Netzleitzentrale seinen Strombezug drosselt, würde auf diese Weise zum „Negawatt-Kraftwerk“. Zahlreiche Großbetriebe könnten an diesem Regelmechanismus teilnehmen; vor allem thermische Prozesse sind geeignet, weil sie einerseits träge reagieren und andererseits oft viel Strom brauchen. Aus ökonomischer Sicht kann sogar ein gewisser Produktionsausfall in Kauf genommen werden – dann nämlich, wenn die Entschädigung billiger ist als der Stand-by-Betrieb eines Atomreaktors mitsamt seinen 400 Mitarbeitern. Doch an solche Konzepte wagt sich offenbar noch niemand heran. Man bleibt im Denken der alten Energiewirtschaft verhaftet.

Wirtschaft + Umwelt SEITE 7



## Die Transparenzmaschine

NETZDEMOKRATIE (2) Das Internet erzieht nicht zur Faulheit, im Gegenteil. Es schult in der differenzierten Kommunikation

Wie Samuel Salzborn (*taz* v. 12. 7.) behauptet, politische Partizipation im Internet bestünde hauptsächlich darin, eine Stimme per Klick abzugeben und damit der Demokratie zu schaden, macht es sich sehr einfach.

Zum einen geht es bei den meisten digitalen Unterschriftensammlungen um weitaus mehr als einen Klick. Benutzern müssen ihre persönlichen Daten preisgeben, um sich ein Konto einzurichten, und stehen dann oft für alle sichtbar mit ihrem (Real-)Namen hinter einer politischen Forderung. Dagegen ist die analoge Unterschriftensammlung schnell, unkompliziert und nicht öffentlich.

### Like-Button ist nebensächlich

In der Tat schwierig ist, dass es inzwischen unterschiedliche Möglichkeiten gibt, online für ein und dasselbe Thema abzustimmen. Wenn man seine Stimme bei Facebook oder auch Campaign abgibt, kann man nicht davon ausgehen, dass sie irgendeine Relevanz in der parlamentarischen Diskussion haben wird. Daher ist es durchaus kontraproduktiv, wenn Campaign über zweihunderttausend Unterschriften sammelt, die bei einer Onlinepetition an den Deutschen Bundestag eher Auswirkungen auf die parlamentarische Politik gehabt hätten. Sie sind nicht mehr als ein symbolischer Akt ohne Wirkung. Menschen, die dort ihre Stimme hinterlassen haben, werden nur in den seltensten Fällen bereit sein, für dieselbe Sache noch einmal online zu unterschreiben.

Aber erst wenn ist digitale politische Partizipation in erster Linie das Unterschreiben von Petitionen? Das, was das Netz zu dem Werkzeug der außerparlamentarischen Opposition macht, ist mit Sicherheit nicht der Like-Button. Es sind Vorgänge wie die folgenden: Mark Schmitt in Buxtehude liest bei Twitter eine Nachricht von Rita Lehmann auf der Schwäbischen Alb und stellt fest, dass er gar nicht der Einzige ist, der sich für ein bestimmtes Thema einsetzt. Sie tauschen in Blogposts Argumente für ihre Position aus, erzählen, wie sie dazu gekommen sind. Sie werden mit Kommentaren von Menschen konfrontiert, die absolut dagegen sind. In der Auseinandersetzung mit diesen „Gegnern“ lernen sie, ihre Argumente zu schärfen und zu erweitern. Sie üben sich darin, den politischen Gegner von ihrer Position zu überzeugen, seine Argumente zu entkräften, und finden über ihre öffentliche Auseinandersetzung mit

dem Thema immer mehr Leute, die so denken wie sie. Sie beginnen sich zu organisieren, legen Mailinglisten an und Dokumente, die sie gemeinsam bearbeiten können, sie gestalten Kampagnen-Websites. Ihre Arbeit wird zunehmend differenzierter.

Darin liegt die Stärke des Netzes als Werkzeug politischer Partizipation: Es lassen sich leicht Beziehungen zu Gleichgesinnten knüpfen, es ist eine Debatteplattform, die – unabhängig von den Medien – jedem und jeder mit einem Internetzugang offensteht.

### Die Transparenzmaschine

Die oft in Onlinekontexten vorhandene Frustration über das politische Geschehen in Deutschland kommt nicht davon, dass mal ein(e) PolitikerIn nicht schnell genug auf Twitter antwortet oder dass eine Frage auf Abgeordnetenwatch mit einer Standardantwort abgespeist wird. Nein, frustrierend wird es, wenn Argumente ignoriert werden von PolitikerInnen in Parlamenten oder Funktionären in Ministerien. Onlineaktivisten tragen die Ergebnisse der Debatten, die im Netz geführt werden, dorthin. Dabei erleben sie, wie Entscheidungen trotz besseren Wissens getroffen werden. Hier entsteht Frustration!

Das Netz ist eine Transparenzmaschine. Die abgeschottete parlamentarische Demokratie wird durchsichtig, wo BürgerInnen bei öffentlichen Ausschusssitzungen präsent sind, das Geschehen kommentieren und im Netz sichtbar machen. Der Druck auf PolitikerInnen wächst damit. Sie müssen erklären, warum sie Entscheidungen

treffen, die sie selbst für falsch hielten. Oft genug wollen oder können sie es nicht – hier entsteht Frustration!

Durch die Analyse der im Netz befindlichen Informationen wird offenbar, dass einige PolitikerInnen einen Großteil ihrer Zeit mit bezahlten Vorträgen und Veranstaltungen der Wirtschaft verbringen. Sie können sich nicht mehr hinter ihren Dokortiteln verstecken, auch hier funktioniert das Internet besser als jeder Untersuchungsausschuss. Die Menschen fühlen sich von den gewählten Volksvertretern belogen und hintergangen – hier entsteht Frustration!

### Zum Beispiel Tunesien

Der versierte Umgang mit den digitalen Werkzeugen ist eine „Privilegiertenveranstaltung“. Der versierte Umgang mit digitalen Werkzeugen braucht Wissen, Zeit und eine technische Infrastruktur – man muss es sich leisten können. Die, für deren Rechte in der parlamentarischen Demokratie kaum einer kämpft, haben es auch im Digitalen schwerer. Wir haben die Verantwortung, sie in unsere Netzwerke hineinzuholen, unsere Knoten zu besuchen so zu knüpfen, dass die deren Stimmen leise sind, nicht auch hier durch die Maschen fallen.

Wie machtvoll das Netz als politisches Werkzeug sein kann, hat auch die tunesische Revolution bewiesen. Wie die inzwischen berühmte Bloggerin Line Ben Mhenni in ihrem gerade erschienenen Buch „Netz Euch!“ beschreibt, waren es die Onlineaktivisten, die das sichtbar gemacht haben, was von allen Medien totgeschwiegen wurde. Trotz massiver staatlicher Zensur haben sie gezeigt, was auf den Straßen und Plätzen passierte: die Willkür der Polizei, die Lügen des Präsidenten Ben Ali, aber auch den wachsenden Mut der Bevölkerung und die Entschlossenheit, dies nicht länger hinzunehmen. Sie haben für viele Menschen sichtbar gemacht, was nur wenige Jahre zuvor beim Kampf der BergbauarbeiterInnen in Gafsa fast im Verborgenen geschah und so zu seinem Scheitern führte.

Das Unterdrückte, das Verborgene sichtbar machen, das ist das Potenzial digitaler Werkzeuge. Nicht aus dem Glauben heraus, dass PolitikerInnen grundsätzlich gegen BürgerInnen, für wirtschaftliche Lobbyverbände und in die eigene Tasche arbeiten, sollten wir für die Freiheit im digitalen Raum kämpfen. Sondern weil wir damit selbst unsere Ideale und Visionen von einer besseren Gesellschaft für alle verwirklichen können. FRANZISKA HEINE

Das Netz erlaubt einen Informationsfluss, der abgeschottete Parlamentarier immer mehr unter Druck setzt

### Franziska Heine

wurde im Jahr 2009 als Initiatorin einer Onlinepetition gegen Internetsperren bekannt. Sie studierte Medienwissenschaftlerin und arbeitet als Product Managerin bei einem Telekommunikationsunternehmen.



Foto: privat